Vereinigte Industrieverbände
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 22/2014

Ende der Wohlfühlpolitik?

Deutschland ist gut unterwegs. Mütterrente, Rente mit 63 etc.: Das können wir uns leisten, ist ja schließlich nur gerecht. Aber: Steuererleichterungen können wir uns nicht leisten. Und die Löhne sollten um 3 Prozent steigen (Bundesbankpräsident Weidmann erst vor wenigen Wochen). Jetzt auf einmal mit sinkenden Prognosen für die Wirtschaftsleistung ein politischer Stimmungswechsel. Union und SPD wollen ihr wirtschaftspolitisches Profil schärfen. Schön wär's ja, wenn damit auch Einsicht und Kurswechsel tatsächlich verbunden wären. Selbst bei der CDU, dieser inzwischen in der Wolle gefärbten sozialdemokratischen Partei, muss man da Zweifel hegen. Erhellend, wie die Teilnahme von Friedrich Merz nach 10 Jahren Politikabstinenz an einem Politikforum der CDU ihn gleich wieder zum politischen Hoffnungsträger des wirtschaftspolitischen Flügels kürt. Nichts könnte schöner offenbaren, wie riesengroß die Lücke an Personal und Ideen für einen wirtschafts- und wachstumsfreundlicheren Kurs der CDU tatsächlich ist. *(So)*

Herbstgutachten der Forschungsinstitute

Deutschland wächst deutlich schwächer als im Frühjahr erwartet. In 2014 nur noch um 1,3 Prozent und im kommenden Jahr um 1,2 Prozent. Sowohl die Binnennachfrage als auch die Auslandsnachfrage haben sich schwach entwickelt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den finanziellen Spielraum für ein investitionsfreundlicheres Steuersystem zu schaffen und mehr Ausgaben in wachstumsfördernden Bereichen zu tätigen. Die Inflation in 2014 soll bei 1,0 Prozent liegen. Auch die Bundesregierung sowie weitere Forschungsinstitute haben ihre Prognosen deutlich gesenkt. *(So)*

Pressemitteilung der Forschungsinstitute

Streikunterstützung

Was zahlt z. B. die Gewerkschaft ver.di streikenden Mitgliedern als Streikunterstützung? Gezahlt wird das 2,5fache des Beitrags für jeden Streiktag.

Beispiel: Der Beitrag eines Mitarbeiters mit 3.000 EUR Einkommen beträgt 30 EUR im Monat. Für einen Streiktag erhält der Mitarbeiter 75 EUR. Die IG Metall zahlt etwas mehr. *(So)*

VIV-Interview

- **Ulrich Grillo**
  Präsident des BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

VIV-Info Wegweiser

Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV

Bitte beachten Sie weitere Anhänge

Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber
Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt
Hans-Harald Sowka

Kontakt
Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0
FAX 02421/4042-25
E-MAIL info@vivdueren.de
WEB www.vivdueren.de

Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit

Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz novelliert werden sollen: Für die Familienpflegezeit von 24 Monaten wird erstmals ein Rechtsanspruch auf Freistellung durch den Arbeitgeber eingeführt (Reduzierung der Arbeitszeit auf mindestens 15 Wochenstunden). Die Finanzierung sowohl der Familienpflegezeit von maximal 24 Monaten als auch der Pflegezeit (Höchstdauer: 6 Monate – Anspruch auf völlige Freistellung von der Arbeit) soll über ein zinsloses Darlehen des Bundes erfolgen. Die Freistellung nach Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz soll zusammen insgesamt nicht länger als 24 Monate dauern. Der Rechtsanspruch auf bis zu 10 Arbeitstage Kurzzeitpflege zur Organisation der Pflegesituation wird flankiert durch die Zahlung eines Pflegeunterstützungsgeldes als Lohnersatzleistung, zu zahlen durch die Pflegeversicherung.

Und: Es besteht Sonderkündigungsschutz für die Mitarbeiter. *(So)*

Referentenentwurf vom 09.09.2014

Rechtsanspruch und Kündigungsschutz

Bis zu **10 Tage kurzzeitige Arbeitsverhinderung** für den Akutfall mit Lohnersatzleistung	Bis zu **6 Monate Pflegezeit** inklusive 3 Monate Begleitung in der letzten Lebensphase mit zinslosem Darlehen	Bis zu **24 Monate Familienpflegezeit** mit zinslosem Darlehen

Kurz notiert

Frühverrentung - „positionen ...“ der Landesvereinigung

Die demographische Entwicklung in Deutschland hat die Politik vor einigen Jahren gezwungen, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 anzuheben. Jüngste politische Entscheidungen wie der abschlagsfreie Rentenzugang ab 63 für Versicherte mit 45 Beitragsjahren weisen allerdings in die andere Richtung. Der dringend notwendige Bewusstseinswandel in der Bevölkerung wird damit spürbar gehemmt.

In der beigefügten Ausgabe von „positionen ...“ nennt die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. die wichtigsten Aspekte rund um das Thema Frühverrentung. *(AS)*

„positionen ...“ der Landesvereinigung

Wer hat‘s gemacht?

Wussten Sie schon, dass unser neues Mitgliedsunternehmen aus Jülich, die JUMBOinfomobile GmbH – alle 10 neuen M+E-InfoTrucks als „Verwandlungskünstler auf Rädern“ produziert?

Seit 25 Jahren informiert nun schon die Metall- und Elektro-Industrie mit dem „M+E-InfoMobil“ an vielen Schulen und Messen über die Ausbildungsberufe und die Berufswelt der Branche. Allein im vergangenen Jahr waren rund 130.000 Besucher an Bord der bisher vorhandenen Busse. Diese Art der Berufsinformation und Werbung für die Branche erhält nun eine neue Dimension.

Insgesamt 10 neue, hochmoderne M+E-InfoTrucks - hergestellt in Jülich - werden die Busse ersetzen und für neue Maßstäbe in der Berufsinformation junger Menschen sorgen.
Die offizielle Pressevorstellung der neuen InfoTrucks fand am 9. Oktober 2014 in Berlin in Anwesenheit des Präsidenten von Gesamtmetall, Dr. Rainer Dulger, und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel statt.

Foto Gesamtmetall: Präsident von Gesamtmetall, Dr. Rainer Dulger, und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vor dem ersten Truck

Am 19. Januar 2015, so die Planung, werden der Präsident von METALL NRW, Arndt G. Kirchhoff, und der Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW, Guntram Schneider, den offiziellen Startschuss für den Einsatz in Nordrhein-Westfalen geben.

Einen kurzen Film, in dem der neue InfoTruck präsentiert wird, finden Sie auf der Homepage von Gesamtmetall unter:
http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/PageM+E-InfoTruck_DE

Die JUMBOinfomobile GmbH aus Jülich ist Marktführer in Sachen „Spezialfahrzeuge für mobile Räume“. Ob Promotionstrucks, multifunktionale Konzertbühnen, bewegliche Geschäftsstellen oder Technikmobile wie Einsatzfahrzeuge, Übertragungswagen sowie medizinische Labore, es gibt fast nichts, was die Jülicher Spezialisten nicht aus oder mit einem herkömmlichen Lkw machen können. Dabei ist jedes Fahrzeug ein Unikat mit individuell konzipierten Funktionslösungen.

Weitere Informationen finden Sie unter:
http://www.jumbo-mobile.de *(Zi)*

Interviewpartner: Ulrich Grillo
Präsident des BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Welches sind die größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahren?

Mir fallen sofort drei ein: Wir haben eine wachsende Investitionsschwäche. Das wird zunehmend zu einer Herausforderung. Die Erfolge in der Vergangenheit dürfen uns nicht selbstzufrieden werden lassen. Die - noch - hohe Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die gute globale Aufstellung unserer Unternehmen stehen auf dem Spiel, wenn wir nichts machen. Der Staat ist nun gefragt mit Vorlaufinvestitionen in Infrastrukturprojekte, vor allem in die Verkehrswege. Der private Sektor zieht dann nach.

Aber auch die Energiewende ist eine große Herausforderung. Durch die damit verbundenen Kosten leidet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Der Anteil der Abgaben auf Industriestrom zur Förderung erneuerbarer Energien stieg, gemessen am Strompreis, seit 2009 von gut 10 auf rund 40 Prozent im Jahr 2014. In den meisten anderen EU-Ländern liegt dieser Wert laut EU-Kommission nur bei 5 bis 10 Prozent. Die logische Konsequenz ist, dass energieintensive Unternehmen wegen der viel niedrigeren Energiepreise mittlerweile stärker im Ausland investieren. Das darf so nicht weitergehen.

Und wir stehen an der Schwelle eines umfassenden Digitalisierungsprozesses – Stichwort: Industrie 4.0. Wir müssen uns den damit verbundenen Herausforderungen stellen, diesen Wandel gestalten und ihn als Chancen begreifen – schon allein wegen des demografischen Wandels. Gelingt uns das, sehe ich gute Chancen, Arbeitsplätze zurück nach Deutschland zu holen.

Was sollte die Bundesregierung bei der Energiewende beherzigen?

Die Bundesregierung muss mit Hochdruck daran arbeiten, dass Industrieunternehmen in Deutschland zu international wettbewerbsfähigen Energiepreisen produzieren können. Bislang ist die hohe Kostenbelastung von 95 Prozent der Industrieunternehmen nicht gelöst, weil sie nicht unter die EEG-Entlastungen fallen.

Bestandsanlagen von Industrie-Eigenstromanlagen dürfen auch künftig nicht mit EEG-Umlage belastet werden. Dabei muss es bleiben. Der Passus in dem im Sommer verabschiedeten Gesetz, dass dies schon in wenigen Jahren auf den Prüfstand kommt, muss gestrichen werden.

Und mehr Wettbewerb bei der Förderung muss nun auch mal praktisch umgesetzt werden. Die geplanten Ausschreibungsverfahren müssen rasch erarbeitet werden, damit durch sie möglichst bald die bislang geltenden gesetzlich festgelegten Fördersätze abgelöst werden.

Außerdem wurde ein Hebel, um bei der Energieeffizienz wirklich voranzukommen, noch nicht ausreichend genutzt: die energetische Sanierung von Gebäuden.

Und angesichts steigender Kosten für Energie, aber auch unserer Abhängigkeit von russischem Gas können wir es uns einfach nicht leisten, Technologien wie das Fracking vorschnell abzulehnen. Vielmehr sollten wir uns darauf konzentrieren, dass die Förderung des Schiefergases möglichst umweltfreundlich geschieht. Die Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit erfordert mehr Mut zur Innovation. Das wünsche ich mir auch von der Bundesregierung.

Ihre Forderungen zu Steuern und Abgaben?

Steuererhöhungen würden das Investitionsklima weiter belasten. Zentral ist der Verzicht auf weitere Kostenbelastungen und auch Regulierungen der Unternehmen. Die Bundesregierung hat bislang ihr Versprechen in diesem Punkt gehalten.

BDI-Präsident Ulrich Grillo

Die Bundeskanzlerin hat es auf dem Tag der Deutschen Industrie in Berlin jüngst erneuert. Dort, wo nationale Alleingänge den internationalen Wettbewerb verzerren, gilt es rasch nachzubessern. Deshalb muss die Luftverkehrssteuer beendet werden. Umgekehrt würde die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung den Standort Deutschland zukunftsfest machen.

Wird in Deutschland zu wenig investiert?

Ja, und zwar bis zu 80 Milliarden Euro – jährlich! Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet. Wir teilen die Einschätzung. Im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Staaten besteht je nach Betrachtungszeitraum eine Investitionslücke von 2 bis 3 Prozent des BIP. Wir zehren die Substanz auf. Die Quittung dafür wird in 5 bis 10 Jahren folgen, wenn jetzt nicht der investive Anteil der Staats-

ausgaben erhöht wird. Im öffentlichen Bereich sehen wir dringenden Investitionsbedarf in der Verkehrsinfrastruktur. Im privaten Sektor sehe ich die größten Hindernisse für mehr Investition nicht in der Finanzierung, sondern in erster Linie in den unsicheren Rahmenbedingungen.

Warum braucht die deutsche Wirtschaft das Freihandelsabkommen mit den USA?

Der Wohlstand Deutschlands ist von offenen Märkten und freiem Handel abhängig. Die USA spielen dabei eine besonders wichtige Rolle: Die Europäische Union und die USA stehen für rund ein Drittel des Welthandels. Doch zwischen beiden Wirtschaftsräumen gibt es zu viele Hindernisse und Beschränkungen wie Zölle oder unterschiedliche Standards und Regeln. Das verursacht jährlich Kosten in Milliardenhöhe, obwohl beide Seiten dasselbe Ziel verfolgen: Nämlich hochwertige und sichere Produkte auf den Markt zu bringen. Durch TTIP könnten diese Kosten spürbar gesenkt werden, ohne den Schutz für Verbraucher, Arbeitnehmer oder die Umwelt in Frage zu stellen. Auch mit Blick auf die Entwicklungen in der Ukraine und in Russland braucht Europa eine engere Anbindung an die USA.

Wie sehen Sie die Möglichkeiten, die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland zu finanzieren?

Die Mittel sind in Deutschland da, denn der Konsolidierungskurs der Bundesregierung zahlt sich aus. Allerdings müssen die Prioritäten richtig gesetzt werden. Wir sollten die vorhandenen Mittel nun in volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen umleiten. Daneben können Modelle wie öffentlich-private Partnerschaften eine gute Ergänzung sein. Dafür gibt es etliche Beispiele in Europa.

Ihre Gesprächspartner in der Politik sind höflich, aber beratungsresistent?

Die ersten Monate der Koalition haben sicher nicht dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und das Investitionsklima zu verbessern. Aber mittlerweile hat auch die Regierung festgestellt, dass die deutsche Wirtschaft nicht endlos belastbar ist. Das haben die Kanzlerin wie der Bundeswirtschaftsminister auf dem Tag der Deutschen Industrie in Berlin betont. Daran werden sie sich nun messen lassen müssen.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka
Telefon: 02421/4042-0
E-Mail: info@vivdueren.de

01.10.2014

Der Irrweg in die Frühverrentung

Worum geht es…

Noch im Jahr 1960 wusste ein Deutscher bei Renteneintritt, dass er im Durchschnitt noch zehn Jahre leben würde. Im Jahr 1995 lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bereits bei 15,8 Jahren, im vergangenen Jahr sogar schon bei fast 20 Jahren. Die Deutschen werden also immer gesünder älter. Da sie aber überdies auch noch weniger werden, gibt es drei Wege, um die gesetzliche Rentenversicherung langfristig sicher zu machen: die Leistungen senken, die Beiträge erhöhen – und: Lebensarbeitszeit verlängern. Auf den ersten Blick erscheint die dritte Alternative als die sozial Sanfteste, will Deutschland nicht Gefahr laufen, Beitragszahler mit horrend hohen Abgaben zu belasten oder künftige Rentnergenerationen mit untragbar niedrigen Monatsrenten abzuspeisen. Doch der Teufel steckt im Detail: Viele Beschäftigte werden entweder gar nicht oder aber nicht in Vollzeitarbeit bis zum Renteneintrittsalter, das nach und nach auf 67 ansteigt, erwerbstätig sein können. Gesucht sind also praxistaugliche Wege, mit denen ältere Beschäftigte gleitend aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Eine Voraussetzung: Möglichkeiten wie die Altersteilzeit oder der Teilrentenbezug müssen für eine breitere Akzeptanz verbessert werden.

Was für die Wirtschaft in NRW wichtig ist …

- **Rente mit 63 falsches Signal**

Die 2007 beschlossene schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters aller Altersrenten muss strikt weiterverfolgt werden. Dagegen ist der seit dem 1. Juli 2014 mögliche abschlagsfreie Rentenzugang ab einem Alter von 63 für Versicherte mit 45 Pflichtbeitragsjahren das völlig falsche Signal – aus drei Gründen: Zunächst wird diese Maßnahme den Unternehmen vorzeitig dringend benötigte Facharbeitskräfte entziehen. Desweiteren kostet diese Maßnahme die gesetzliche Rentenversicherung etwa 2,5 Milliarden Euro im Jahr. Und schließlich werden nun ausgerechnet jene Versicherten begünstigt, die mit ihren 45 Pflichtbeitragsjahren gegenüber allen anderen Versicherten ohnehin bereits eine erheblich höhere Rentenanwartschaft aufgebaut haben.

- **Rahmenbedingungen für Teilrente vereinfachen**

Längst haben ältere Beschäftigte die Möglichkeit, eine Teilrente in Anspruch zu nehmen. Die Teilrente kann ab dem Zeitpunkt eines möglichen vorgezogenen Rentenbezugs – insbesondere der Rente für langjährig Versicherte ab Alter 63 – in Anspruch genommen werden. Danach können Beschäftigte in Teilzeit weiterarbeiten – und zwar über den bei der Rente anrechnungsfreien Betrag von 450 Euro pro Monat hinaus. Je nach Höhe des Verdienstes kann die Rente dann zu zwei Drittel, der Hälfte oder einem Drittel in Anspruch genommen werden. Der Haken: Das Modell wird bislang noch viel zu wenig genutzt, da offenkundig die rechtlichen Rahmenbedingungen – vor allem bei Berechnung des möglichen Hinzuverdienstes neben der Teilrente – zu schwierig sind. Denn sie orientiert sich am zurückliegenden beitragspflichtigen Entgelt und dem Entgeltpunktewert des Einzelnen. Dies ist zum einen wenig transparent und macht zum anderen das Teilrentensystem für Besserverdienende vielfach ohne sachlichen Grund uninteressant. Um die Attraktivität der Teilrente zu erhöhen, soll jetzt eine Arbeits-

gruppe im Bundesarbeitsministerium Vorschläge zu einem besseren Nebeneinander von vorgezogener abschlagsgeminderter Altersrente und Teilzeitbeschäftigung erarbeiten. Doch obacht: Abzulehnen sind Ideen, die nun den Zeitpunkt des frühestmöglichen Teilrentenbeginns bereits auf ein Lebensalter von 60 vorverlegen wollen. Ein solches Signal wäre fatal mit Blick auf die dringend erforderliche breitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Eine Umsetzung dieser Idee würde überdies eine Arbeitsmarktpolitik durchkreuzen, die darauf abzielt, angesichts der demografischen Entwicklung Beschäftigte länger im Arbeitsprozess zu halten.

- **Nutzung von Langzeitkonten erleichtern**

Wer sich früher von der Arbeit freistellen lassen möchte, um schon eher in Rente gehen zu können, sollte entlang seines Arbeitslebens auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, entsprechend vorzuarbeiten. Die so aufgebauten Wertguthaben ermöglichen einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, ohne dass Entgelteinbußen oder Abschläge bei der Altersrente befürchtet werden müssen. Doch die Regulierungen zum Aufbau eines Wertguthabens sind kompliziert, unübersichtlich und bürokratisch. Folge: Vor allem kleinere und mittlere Betriebe werden abgeschreckt. Das belegt auch eine Evaluierung der Bundesregierung aus dem März 2012, wonach nur zwei Prozent aller Betriebe Wertguthaben gebildet haben. Soll das Instrument praxistauglich gemacht werden, sind deutliche Korrekturen notwendig: von spürbaren Verbesserungen zum Aufbau von Wertguthaben über die Übertragbarkeit bei Arbeitgeberwechsel bis hin zur Insolvenzsicherung.

- **Weiterbeschäftigung auch nach Renteneintritt verbessern**

Immer mehr Beschäftigte wollen auch nach dem Zeitpunkt des möglichen Regelaltersrentenbezugs weiterarbeiten. Nicht nur, weil sie sich noch fit fühlen, sondern auch, weil es finanziell interessant ist. Denn ein Nebeneinander von Regelaltersrente und Arbeitseinkommen ist ohne Anrechnung möglich. Seit dem 1. September 2014 ist klargestellt worden, dass auch nach den üblichen Befristungen des Arbeitsverhältnisses auf den Zeitpunkt des Regelaltersrentenbezugs eine Weiterbeschäftigung möglich ist. Nachzubessern ist allerdings in zwei Punkten: Zum einen sollte klargestellt werden, dass eine Weiterbeschäftigung nicht zwingend mit dem bisherigen Arbeitszeitvolumen erfolgen muss. Zum andern muss eine befristete Weiterbeschäftigung auch in jenen Fällen möglich sein, bei denen Arbeitnehmer bereits die Regelaltersrente beziehen. Denn die gegenwärtige Gesetzeslage lässt dies derzeit nicht zu: Danach kann eine befristete Verlängerung des Arbeitsverhältnisses nur dann erfolgen, wenn eine entsprechende Vereinbarung im laufenden Arbeitsvertrag vorliegt. Ein weiterer Punkt ist dringend reformierungsbedürftig: Die bisherige gesetzliche Vorgabe, wonach Arbeitgeber für Bewerber einer Regelaltersrente bei Weiterbeschäftigung Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung abführen müssen, ohne dass dies auf der Leistungsseite Auswirkungen hat, gehört abgeschafft.

unternehmer nrw
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf

Ansprechpartner: Hans-Wilhelm Köster
T: 0211-4573-260
F: 0211-451370
presse@unternehmernrw.net

www.unternehmernrw.net